

Die Überspannung der Demokratie

Autor(en): **Schmid, August**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **11 (1931-1932)**

Heft 2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-157373>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Überspannung der Demokratie.

Von August Schmid, Flawil.

1. Getäuschte Hoffnungen.

Man ist ziemlich allgemein der Ansicht, daß die heutigen Verhältnisse im staatlichen und wirtschaftlichen Leben unbefriedigend seien. Es liegt über einem Großteil des Menschengeschlechts ein gewisser Druck, ein Mißbehagen. Und dieser Zustand herrscht jetzt, zwölf Jahre nach dem großen Kriege! Die Jahre 1914/1918 haben viele Menschen in eine Art Taumel versetzt. Die geistigen Führer jener Zeit versprachen der Welt, der „Sieg des Rechts“ werde endlich das schöne Zeitalter der Demokratie und des allgemeinen Friedens, des allgemeinen Glücks herbeiführen; es gelte nur, das einzige Hindernis zu beseitigen, welches all diesem Schönen im Wege stehe. — Und nun? Der Sieg ist erfochten worden, der angebliche Feind ist zerschmettert; aber das Glück hat sich nicht eingestellt, ja die Dinge stehen schlimmer als früher.

In jenen Kriegsjahren sind Hoffnungen genährt, leichtfertige Versprechungen gemacht worden, die niemals in Erfüllung gehen konnten. Die maßgebenden Personen wußten dies allerdings damals schon. Aber Heuchelei, Lügen, unsinnige Versprechen waren die erfolgreichsten Waffen im Kriege, wertvoller als schwere Geschütze, Kampfwagen und Giftgase. Sie haben hunderte von Millionen Menschen in den Krieg hineingerissen und haben wirklich schließlich den Sieg herbeigeführt. Jetzt, zwölf Jahre nach dem Kriege, ist eine allgemeine Ernüchterung da. Eine Zeit lang hat man die allmählich ungeduldig werdenden Leute getröstet: man solle etwas warten, der Völkerbund könne die Dinge nicht von einem Tag auf den andern umgestalten, das Glück werde schon kommen. Aber diese Versprechen verfingen immer weniger. Man sieht, daß die Abrüstung nicht fortschreiten will, daß zwar bis auf weiteres der Friede gesichert ist durch den Kriegsüberdruß nach den vier Schreckensjahren, durch die Angst vor geheimen chemischen Kampfmitteln und vor Revolutionen, aber nicht dauernd durch die Kraft einer Vereinbarung unter den Staaten. Es ist mit der Zeit immer mehr Mode geworden, über die Ohnmacht des Völkerbunds zu spotten. Hierin tun wenigstens diejenigen unrecht, die anfänglich Hoffnungen auf ihn gesetzt haben. Man soll nicht von jemand Unbilliges

fordern und dann über ihn spotten, wenn er es nicht leisten kann. Wenn jemand versucht, mit einem Nähfaden eine Straßenwalze an einem Kran aufzuziehen, und dabei keinen Erfolg hat, so steht es ihm nicht an, die schlechte Arbeit des Zwirners zu tadeln; der einzige, der dabei Spott verdient, ist er selber, weil er etwas so Lächerliches unternommen hat.

Man hat sich allerdings schon lange eine Redensart zurecht gemacht, womit man sich über die Schwierigkeit der Sicherung des allgemeinen Friedens hinweghelfen will: „Die V ö l k e r wollen freilich alle den Frieden, aber . . .“ Man findet also das alte, bequeme und beliebte Mittel des Sündenbocks. Die Sündenböcke sind hier einige Staatsmänner oder sonst eine kleine Minderheit von Leuten, denen man nachredet, daß sie des eigenen Vorteils wegen zum Kriege treiben. Gewiß, die Völker als Ganzes wollen den Krieg im allgemeinen nicht. Aber das kommt nicht von ihrer größeren Güte her, sondern daher, daß der einzelne Mann aus dem Volke nicht in den Fall kommt, selbständig über das Schicksal seines Landes Verfügungen treffen zu müssen, ja nicht imstande ist, die Lage des Staates zu überblicken. Er hätte allen Anlaß, zu sagen: „Dankt Gott mit jedem Morgen, daß ihr nicht braucht fürs röm'sche Reich zu sorgen!“ Er hätte Anlaß, dies zu sagen, sagt es sich aber gewöhnlich nicht. Im Gegenteil hält er die Leitung eines großen Staates für eine Kleinigkeit. In der Verfolgung seiner persönlichen Angelegenheiten ist auch der „einfache Mann“ oft rücksichtslos, kleinlich, hinterlistig und rachsüchtig. Wenn die verantwortlichen Staatsmänner durchwegs so wenig wählerisch in ihren Mitteln wären wie mancher aus dem Volke, welcher glaubt, die Streitsucht der Staatsleitungen tadeln zu müssen, so hätte es noch viel mehr Kriege gegeben.

Diese Unterscheidung zwischen dem guten, fehlerfreien Volke und den schlechten Staatsmännern oder überhaupt einer kleinen, obern Schicht bei den Menschen, führt uns zum eigentlichen Gegenstand der vorliegenden Betrachtung, zur Demokratie.

2. Über das Wesen der Demokratie.

In Ländern, wo „gut“ und „demokratisch“ gleichbedeutende Worte sind, muß sich jede Geistesrichtung, die sich empfehlen will, irgendwie als demokratisch ausgeben. So z. B. auch die römisch-katholische Kirche. Und wieso soll diese demokratisch sein? Weil die Geistlichkeit zum großen Teil aus einfachen Volkskreisen hervorgehe, weil jedem, auch dem in den ärmlichsten Verhältnissen geborenen Manne, der Weg bis zur höchsten Stellung in der Kirche, dem Papste, offen sei. — Gerade in dieser Behauptung zeigt sich eine völlige Unklarheit über das Wesen der Demokratie, und gerade die Untersuchung dieser Frage führt uns leicht zum Grunde der Sache. Nein, die römisch-katholische Kirche ist nicht demokratisch; sie ist sogar die stärkste undemokratische Macht unserer Zeit. In allen unsern bekannteren Religionen gibt es Priester, Leute, welche der Gottheit irgend-

wie näher stehen als die Masse des Volks, auf irgend eine Weise eine Vermittlung zwischen Gott und Menschen darstellen. Gerade in der römisch-katholischen Kirche hat der Geistliche eine große Bedeutung. Er erhält seine priesterliche Kraft aber nicht durch Verleihung vom Volke, sondern durch die von einem Oberrn gespendete Weihe, als ein Geschenk, eine Gnade der Kirche. Die Kirche leitet ihre Kraft, ihre Macht von Christus ab. Nach ihrer Lehre hat Christus ausdrücklich seinen Jüngern, insbesondere Petrus, priesterliche Kraft verliehen. Die Kirche ist damit zur Besitzerin, zur Hüterin eines Gnadenschatzes geworden; sie, nicht das gläubige Volk, verleiht priesterliche Macht; sie ist der schenkende, spendende Teil, das Volk der empfangende.

Hierin, in der Tatsache, daß Macht und Amtsbefugnisse durch eine höhere, über dem Volk stehende Kraft verliehen werden, zeigt sich das Wesentliche des undemokratischen Geistes. — Jeder, der über die allerkindlichsten Vorstellungen hinausgelangt ist, weiß, daß es in jedem Staate, auch im demokratischen, Behörden und Beamte in verschiedenen Rangstufen geben muß, daß diesen Staatsvertretern gewisse Machtbefugnisse zustehen müssen, wodurch sie auf einem bestimmten Gebiete zu Vorgesetzten der einfachen Bürger werden. Aber nach demokratischer Auffassung ist alle Behörden- und Beamtenbefugnis eine von der Gesamtheit des Volkes verliehene Kraft. Das Volk besitzt Selbstherrlichkeit; der Staat ist eine aus der eigenen Einsicht und Macht des Volkes heraus geschaffene Einrichtung zum Wohle dieses Volkes selber. Nach der undemokratischen Auffassung aber ist der Staat etwas aus eigener Kraft oder auf Grund göttlicher Anordnung Bestehendes, und seine Behörden und Beamten haben von daher ihre Befugnisse. Der Staat ist der Herr, der Bürger der Diener. Ob der Staat in der Person eines Fürsten eine Verkörperung finde oder von einem mehr oder weniger zahlreichen Herrenstande geleitet werde, ist eine Frage zweiter Ordnung. Auch die Frage, ob der Fürst — wie man es Ludwig XIV. nachsagt — erkläre: „Der Staat, das bin ich“, oder ob er sich, wie Friedrich der Große, als ersten Diener des Staates bezeichne, ist nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Die Kernfrage ist die, ob der Staat im Dienste des Volks oder das Volk im Dienste des Staates stehe.

Man muß sich hüten, jede Republik für eine Demokratie zu halten und umgekehrt alle Despotie als Widerspruch zur Demokratie anzusehen. So war z. B. die römische Republik wenigstens in der älteren Zeit durchaus undemokratisch, und im Gegensatz dazu war das Kaisertum demokratischen Ursprungs. Gegen das Ende der republikanischen Zeit geriet die Macht immer häufiger in die Hände von einzelnen Männern, welche durch große Beredsamkeit, durch Lebensmittel- und Geldspenden, durch Veranstaltung von allerlei Schaugepränge oder durch gute kriegerische Leistungen die Gunst des Volks oder des Heeres erlangt hatten. Nicht umsonst fanden sich die Gegner Cäsars hauptsächlich unter den alten Patrizierfamilien. Von Augustus an entwickelte sich allerdings eine feststehende

Kaisertum; aber ein gewisser demokratischer Zug haftete dem Kaisertum doch auch weiterhin an, indem die Herrscher bemüht sein mußten, durch allerlei Mittel die Gunst der Menge und der Krieger zu erhalten und zu bewahren. Trotz des geradezu religiösen Kultus, der mit dem Staatsoberhaupt getrieben wurde, besaß die kaiserliche Macht nicht jene Selbstverständlichkeit des Patriziats früherer Zeiten. Der Beigeschmack eines Geschenks der Volksgunst haftete ihr bis zum Ende an.

So wenig etwa Republik und Demokratie gleichbedeutend sind oder Demokratie und Monarchie einander ausschließen, so wenig besteht ein Gegensatz zwischen Demokratie und Despotie. Die Gefahr der Despotie liegt für den demokratischen Staat mindestens ebenso nahe wie für den undemokratischen. So war z. B. Robespierre ein ausgesprochener Demokrat und ein Despot zugleich, ein größerer als irgend einer der französischen Könige. Wesentlich ist, daß er ein Tyrann im Namen des Volks war.

Man hört jetzt ziemlich allgemein die Behauptung, Sowjet-Rußland und das faschistische Italien seien zwei ausgesprochen undemokratische Staaten. Man begründet dies mit dem Umstande, daß in diesen beiden Ländern die Bürger, welche dem herrschenden Staatsleben feindlich gegenüberstehen, weniger Bewegungs- und Handlungsfreiheit haben als anderswo. Dies ist aber ein ganz falscher Schluß. In Wirklichkeit ist Sowjet-Rußland durchaus demokratisch, ja es zeigt die Demokratie in ihrer kräftigsten Form. Das Schlagwort ist dort die „Diktatur des Proletariats“. Daß die Diktatur im Namen des Proletariats ausgeübt wird, ist das Wesentliche, welches den Staat zur Demokratie macht. Dieser Staat ist eine (wenn nicht wirklich, so doch angeblich) vom Volke geschaffene Einrichtung, welche die einzige Aufgabe hat, die Wohlfahrt dieses Volkes herbeizuführen. (Wohlfahrt in dem Sinne, wie diese Leute sie verstehen.)

Ganz anders liegen die Dinge bei Italien. Dieses Land ist wirklich keine Demokratie, aber nicht wegen der strengen Polizei-Maßregeln Mussolinis, sondern wegen der Grundlage, auf der sich das Staatsleben aufbaut. Nach dem Kriege drohte der Staat zu zerfallen, zu einer Demokratie im schlimmsten Sinne zu werden. Da kam der faschistische Gedanke und rettete das Land. Für den Faschismus ist der Staat, das italienische Geisteswesen das Erste, das Volk erst das Zweite. Das Volk, der Bürger, hat Arbeit zu leisten, Opfer zu bringen, um den Staat gesund und stark zu machen: also gerade das Gegenteil der Demokratie, nach welcher der Staat das Mittel ist, dem Volk ein angenehmes Leben zu gewährleisten.

3. Die geistige Grundlage der Demokratie.

Schon seit Jahrtausenden hat es demokratische Staaten, oder — genauer ausgedrückt — demokratische Zustände in verschiedenen Staaten gegeben. Aber die Demokratie ist unter keinen Umständen die ursprüngliche Staatsform. Der Staat ist aus der Ungleichheit der Menschen hervorgegangen; seine Quelle ist die Familie, welche sich allmählich zu größeren

gesellschaftlichen Gebilden erweitert hat. So wenig der Vater in einer Familie seine Überlegenheit, seine Herrschaft dadurch erhält, daß sie ihm von den Kindern durch eine Abstimmung zugesprochen wird, so wenig die Kinder gemeinsam beschließen, sie wollen zur besseren Ordnung der Familienangelegenheiten einen Vater wählen, so wenig ist die Staatsgewalt ursprünglich ein Erzeugnis des Volkswillens. *Nachträglich* allerdings können sich demokratische Zustände entwickeln, ja es können sich wirkliche demokratische Staaten bilden, ungefähr so, wie heute der Chemiker gewisse Farben oder Riechstoffe herzustellen vermag, welche früher nur als Erzeugnisse der lebenden Pflanze bestanden. Es kommt vor, daß eine andere starke Persönlichkeit dem bisherigen Führer die Herrschaft streitig macht, und sich dadurch, daß sie die Gunst der Untertanen gewinnt, selber an dessen Stelle setzt. Es kann auch eine allgemeine Auflehnung gegen den Herrscher entstehen. Jede Herrschaft hat überhaupt ihre Grenzen. Wird sie überspannt, so ruft sie den allgemeinen Widerstand hervor. Auf diese Weise bildet sich für kürzere oder längere Zeit ein demokratischer Zustand, aber doch noch nicht eigentlich der demokratische Staat. Der Umstand, daß es eine über dem Volk stehende staatliche Macht gebe, wird noch als Selbstverständlichkeit hingenommen; man trotzt nur dieser Gewalt, wenn sie zu drückend wird. In England hat man schon im 17. Jahrhundert durch verschiedene Verfassungs-Bestimmungen eine Art „Tarif“ aufgestellt, der sagt, welche Grenze die königliche Macht nicht überschreiten dürfe, ohne den Volkswiderstand hervorzurufen.

Der eigentliche demokratische Staatsgedanke ist erst ein Erzeugnis der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und hat seine Durchführung in großem Maßstab in den Vereinigten Staaten Amerikas und in der französischen Revolution gefunden. Der beredteste Begründer ist Rousseau, welcher wie kein Zweiter die Fähigkeit besaß, der Menschheit einige bestimmte Gedankengänge einzuhämmern, und überhaupt der erfolgreichste Schriftsteller aller Zeiten war. Das Schlagwort Rousseaus ist die „Natur“. Er hat sich rein phantasiemäßig ein Bild des „natürlichen“ Menschen zu recht gemacht: es ist der fern von der „Gesellschaft“ aufgewachsene Mensch. In Europa findet er sich kaum, weil die Kinder von frühester Jugend an durch die Einflüsse, die Vorurteile des gesellschaftlichen Lebens verdorben werden. Nur mit allergrößter Mühe und vieler Kunst (eben der von Rousseau im „Emil“ gelehrtten Erziehungskunst) könnte bei uns dieser Natur- oder Ideal-mensch geschaffen werden. Diese Kunst besteht im wesentlichen darin, das Kind vom Einfluß der Überlieferung freizuhalten. („Was haben wir zu tun, um diesen vortrefflichen Mann zu bilden? Viel, ohne Zweifel: man muß verhindern, daß etwas getan werde.“) Daß dieser Naturmensch gut sei, ist nach der Ansicht Rousseaus selbstverständlich; denn „Alles ist gut, wie es aus den Händen des Schöpfers hervorgeht“. Und daß die „natürlichen Menschen“ alle gleich seien, ist für Rousseau wiederum so selbstverständlich, daß er den Gedanken nicht einmal eigentlich aus-

spricht, sondern nur beiläufig in einer tonlosen Partizipial-Wendung erwähnt. (Dans l'ordre naturel, les hommes étant tous égaux, leur vocation commune est l'état d'homme.) Er hat allerdings schon vor dem „Emil“ ein Buch geschrieben: „Über den Ursprung und über den Grund der Ungleichheit unter den Menschen“. (Wie er auf der ersten Seite der Abhandlung sagt, meint er hier die bürgerliche Ungleichheit, die Verschiedenheit der Stellung im Staate.) Schon im Titel ist der Gedanke, daß die Ungleichheit erst etwas nachträglich Entstandenes sei, als Selbstverständlichkeit angenommen; die Frage lautet für Rousseau nur, wie sie entstanden sei. Besser würde aber den wirklichen Verhältnissen folgende Aufgabenstellung entsprechen: „Über den Ursprung des Gleichheitsgedankens unter den Menschen“. Rousseau hat sich aber diese Frage wohl niemals gestellt, obwohl sie sich bei einer geschichtlichen Betrachtung des Gesellschafts- und Staatslebens eigentlich aufdrängt; der Gleichheitsgedanke ist noch gar nicht so alt. — Gerade das Verfahren, grundlegende Gedanken nicht in aller Form auszudrücken oder gar zu beweisen, sondern sie so nebenbei, fast auf jeder Seite seiner Schriften einzustreuen, ist wohl ein Hauptgrund der verführerischen und mitreißenden Kraft Rousseaus.

Auch der eigentliche Grundgedanke von Rousseaus demokratischer Staatstheorie wird nur so fachte eingeschmuggelt. Im 6. Kapitel (1. Buch) seines Werkes über den Staat wird ohne weiteres als Selbstverständlichkeit angenommen, daß der Staat durch ein freiwilliges Übereinkommen Gleichberechtigter, durch den „Gesellschaftsvertrag“ gebildet werde. Am Anfang des 2. Kapitels stellt er zwar mit Recht die Familie als Urform der bürgerlichen Gesellschaft hin. Dann wirft er aber den Gedanken leicht hin auf die Seite. Hätte er ihn weiter verfolgt und hätte er sowohl bei Tieren als bei Urbölkern Beobachtungen über erste Gesellschaftsformen gemacht, so hätte er gesehen, daß der Staat aus der Ungleichheit hervorgegangen ist und daß durchaus nicht von einem Vertrag gesprochen werden kann.

Sagt die erste Hälfte des ersten Satzes im „Emil“, daß alles gut sei, wie es aus den Händen des Schöpfers hervorgehe, so lautet die zweite: „Alles entartet unter den Händen der Menschen.“ Der beste Mensch ist also, wer am wenigsten von der Überlieferung beeinflusst, verdorben ist. Daß das, was man gewöhnlich Bildung nennt, etwas Schädliches sei, ist ja ein Lieblingsgedanke Rousseaus, der den Gegenstand seiner ersten Schrift ausmacht. Wir haben hier die altbekannte Erscheinung: Wenn jemand an einer Einrichtung, welcher bisher ein übertriebener Wert beigemessen worden ist, Fehler bemerkt, so wirft er gern das Ganze über den Haufen und verfällt ins Gegenteil, und dabei ist die zweite Übertreibung schlimmer als die erste.

Es ist klar: wenn man alle Menschen als gleich erklärt, so ist der Weg zum demokratischen Staatsgedanken nicht mehr weit. Wenn man aber erst noch behauptet, der Besitz höherer Bildung, die stärkere Verkörperung

geistiger Überlieferung, welche sich, infolge besonderer Erziehung, bei einzelnen Familien findet, sei in Wirklichkeit eine Verderbnis, dann ergibt sich die Lust zu einer „Umkrempelung“ der Staatsverhältnisse von selber. Betont man mehr den Gedanken der Gleichheit, so ergibt sich die Volksherrschaft in dem Sinne, daß das Volk als gesamte Einwohnerschaft aufgefaßt wird; denkt man aber mehr an die Verderbnis durch Überlieferung, Wohlstand und Bildung, so erwächst daraus die Demokratie in dem Sinne, daß der Ausdruck „Volk“ nicht die Gesamtheit, sondern nur einen Teil der Einwohnerschaft darstellt, das Volk im engern Sinne, den nicht „verdorbenen“ Teil; mit andern Worten: wir haben die Herrschaft des Proletariats.

Die Grundanschauung Rousseaus ist ein Optimismus, die Ansicht, daß die Welt „eigentlich“ ursprünglich gut, und daß alles Schlechte nur durch verfehlte frühere Einrichtungen der Menschen gekommen sei, durch Einrichtungen, die sich leicht wieder beseitigen ließen. Eine solche Ansicht muß zum Umsturz führen. Gab es früher, nach der Auflehnung gegen allzuschwere staatliche Bedrückung, vorübergehend demokratische Staaten als eine Art Notbehelf, so war nun die philosophische Grundlage des demokratischen Staates überhaupt geschaffen. Der demokratische Geist griff gewaltig um sich und eroberte sich, allerdings nach einigen Rückschlägen, die Welt zum größten Teile. Man schaute mit einer gewissen Geringschätzung auf die Staaten herab, die noch nicht ganz zu der neuen Heilslehre übergegangen waren. Da die Welt „eigentlich“ gut, in Wirklichkeit aber schlecht war, mußte die Ursache des Übels selbstverständlich bei jenen noch zurückgebliebenen Staaten liegen. — Durch den großen Krieg sind alle jene Länder auch zur Demokratie geführt worden; aber das allgemeine Glück ist nicht gekommen; im Gegenteil, der Zustand ist schlimmer als vorher; über der ganzen europäischen Kulturwelt lastet ein schwerer Gemütsdruck. Im folgenden, letzten Abschnitt sollen einige Schäden unserer Zeit bloßgelegt und als Erscheinungen des demokratischen Geistes dargestellt werden.

4. Die Überspannung der Demokratie als Krankheit unserer Zeit.

Wer etwas tiefere Lebenseinsicht gewonnen hat, der weiß, daß nicht nur alle menschlichen Einrichtungen mit schweren Mängeln behaftet sind — und ein so großes, weitläufiges Gebilde wie ein Staat erst recht —; er weiß auch, daß die Welt überhaupt, ganz abgesehen davon, was die Menschen zur Sache tun, weit davon entfernt ist, vollkommen zu sein. Das Wort Rousseaus, daß alles gut sei, wie es aus den Händen des Schöpfers hervorgehe, entspricht leider ganz und gar nicht der Wahrheit. Wer zu dieser Erkenntnis durchgedrungen ist, der nimmt überall ein bestimmtes Maß von Unvollkommenheiten und Leiden als etwas Selbstverständliches, Unvermeidliches hin. Ganz anders verhält sich, wer an die vollkommene Güte der Welt und des „natürlichen“ Menschen glaubt. In dieser opti-

mistischen Grundansicht ist aber die ganz unter dem Einfluß Rousseaus stehende Demokratie durchwegs besungen. Wenn die Welt „eigentlich“ gut ist, in Wirklichkeit, wie die Dinge liegen, aber gar nicht unsern Wünschen entspricht, so stellt sich ohne weiteres eine Verdrossenheit ein, ein Haß gegen die Leute, die uns um unser Glück betrügen. Da der „natürliche“ Mensch, der Mann aus dem Volke, seine Güte und Vortrefflichkeit in der Rousseau'schen Demokratielehre schwarz auf weiß versichert bekommt, so muß die Schuld selbstverständlich bei den „andern“ liegen; das Übel kommt nur daher, daß man immer noch zu wenig demokratisch ist. Diese Verdrossenheit, dieser Zorn darüber, daß die maßgebenden Personen des Staatslebens, aus Eigennuß oder aus Dummheit, der Menschheit das vermeintlich auf der Hand liegende Glück vorenthalten, ist ein besonderes Kennzeichen unserer Zeit und drückt dem gesamten politischen Leben den Stempel auf.

Im nichtdemokratischen Staate gibt es eine Obrigkeit, nicht nur Behörden und Beamte, denen vom Volk bestimmte Befugnisse übertragen worden sind. Diese Obrigkeit besteht als solche aus eigener Kraft, oder sie wird, was oft geschieht, als von Gott eingesetzt betrachtet. Zwischen Volk und Obrigkeit kann ein schönes persönliches, gewissermaßen familiäres Verhältnis bestehen. Im tiefsten Innern der meisten Menschen besteht eben ein gewisser Trieb, sich willig einer höhern Macht zu unterwerfen und ihr eine persönliche Zuneigung entgegenzubringen, solange sie nicht zu drückend ist. Wer keinen Herrn hat, sucht sich einen. Dieser Zug bedeutet ohne Zweifel die Fortsetzung der Anhänglichkeit des Kindes an seine Eltern. Der Gedanke findet sich schön in der Christoforus-Legende dargestellt.

Bis zum Kriege bestanden in Europa neben der Großzahl demokratischer Staaten noch einige nichtdemokratische Monarchien. Dieser Zustand ist nun durch den Krieg beseitigt worden; es ist eine Art Götterdämmerung eingetreten. Oberflächliche Geister haben sie als Morgenröte einer neuen Zeit der Freiheit angesehen. In Wirklichkeit hat die Beseitigung des letzten Restes eines persönlichen Verhältnisses zur Staatsgewalt nur dazu beigetragen, das Unbehagen und die *S d e* herbeizuführen, die das politische Leben der Gegenwart kennzeichnen.

In der Demokratie ist die Stellung des Bürgers zu seinen Vorgesetzten ganz anders als im Obrigkeitsstaat. Nach dem Wortlaut der Verfassung werden die Behörden direkt oder indirekt vom Volke gewählt. Wohlverstanden: „nach dem Wortlaut der Verfassung“. In Wirklichkeit trifft es aber kaum jemals zu. Wo nur eine gewisse Zahl von Menschen gemeinsam ein Unternehmen betreibt, gibt es immer Einzelne, welche die Führung an sich reißen, auch wenn sie ihnen nicht ausdrücklich zugesprochen wird, während ohne weiteres die Großzahl, ob gern oder ungern, sich der Führung unterwirft, sehr oft, ohne es zu wissen. Es gibt überall Herrscher-, Führernaturen, schon bei den Kindern. Wenn auch nur ein Verein von zwanzig

Mitgliedern seinen Vorstand zu bestellen hat, so geschieht dies wohl gewöhnlich nicht in der Weise, daß jedes Mitglied ganz unbeeinflusst seine Stimme abgibt und demnach derjenige gewählt wird, der bei den meisten im besten Ansehen steht. Es bilden sich ohne weiteres gewisse Untergruppen, welche eine ihnen genehme Person in den Vordergrund zu stellen vermögen und schon vor der eigentlichen Wahl die Mitglieder zu bearbeiten wissen. Häufig liegt die Sache auch so, daß durch die „Wahl“ die Führerschaft einem Mitglied in aller Form zugesprochen wird, das sie in Wirklichkeit schon vorher innehatte, ohne daß es die andern merkten. In einem Staate müssen durchaus solche Vorbereitungen getroffen werden, weil sonst nur ganz selten eine Wahl durch das Volk zustande kommen könnte. Bis in einer Demokratie ein Mann in eine höhere Stellung gelangt, muß er gewöhnlich durch zahlreiche Siebe der Wahlvorbereitungs-Maschinerie gehen. Nur ausnahmsweise kann ein Mann unmittelbar vermöge seines Ansehens durch das Vertrauen des Volks auf einen hohen Posten gehoben werden. Dies ist am ehesten möglich bei einem erfolgreichen Militär, also bei einem Mann, der vorher auf dem undemokratischen Wege der Offiziers-Beförderung in der Armee auf einen wichtigen Platz gebracht worden ist, wo das Volk ihn bemerkt. Die andern gelangen gewöhnlich nur mit Hilfe der „Wahlmacher“ in die Höhe, müssen also die Gunst von Leuten besitzen, deren Freundschaft, genau genommen, keine Ehre ist. Ich will nicht die schroffe Behauptung aufstellen, es sei unmöglich, daß in einer Demokratie ein wirklich ganzer Mann in eine höhere Stellung gelangen könne; aber Tatsache ist, daß die Aussichten für einen solchen geringer sind als für andere. Am ehesten kann ein hervorragender Mann noch zur Regierung gelangen in einer neuen Demokratie, wo die Macht erst durch eine Revolution zu gewinnen, die Sache also mit Gefahr verbunden ist. In einer seit Jahrzehnten eingeseffenen Demokratie aber wird der politische Aufstieg zu einem bloßen Sesselspiel.

Der Umstand, daß nach dem Wortlaut der Verfassung die Wahlen durch das Volk vorgenommen werden und dadurch das ganze Staatswesen in der Hand des Volkes liegt, in Wirklichkeit aber überall geheime Kräfte am Werke sind, drückt jeder Demokratie das Gepräge einer gewissen Unwahrhaftigkeit auf. Der Bürger fühlt oft dunkel, daß nicht die eigentlichen Behörden die Leitung des Staates in Händen haben, sondern daß hinter den Behörden andere Leute die Fäden ziehen. Gewiß wird auch in einer undemokratischen Monarchie der Staat oft nicht vom König geleitet — der Fürst ist manchmal selber ein heimlich Regierender —, aber ein wesentlicher Unterschied besteht doch auf alle Fälle: im undemokratischen Staate sagt man dem Volk offen, daß es regiert werde; in der Demokratie aber redet man ihm in aller Form ein, es regiere sich selber.

Ein Hauptmittel zur Täuschung des Volks ist seine Umschmeihlung. Der ausgesprochene Demokrat liebt gern und mit großer Selbstgefälligkeit Geschichten, die erzählen, wie ein Fürst von seinen Höf-

lingen umschmeichelt wird und alles ihm gespendete Lob ernst nimmt. Nun ist sicherlich schon mancher Fürst durch Schmeichelei verborben worden. Wie steht es aber mit dem Volk? Wenn es etwas nicht gibt, dann dies: ein Volk, das der Schmeichelei widersteht. Jedes ohne Ausnahme erliegt ihr. In dieser Lage befindet sich das Volk jeder Demokratie. Bei jeder Abstimmung wird den Bürgern fleißig Weihrauch gestreut; man wirbt auf jegliche Weise um die Gunst des „Souveräns“. Da wird die große Einsicht und politische Reife des Bürgers gerühmt, das heißt desjenigen, welcher der Sache zustimmt, die man ihm beibringen will. Gerade so rühmt der durchtriebene Händler die Sachkenntnis des (von ihm in Wirklichkeit für einfältig gehaltenen) Kunden, dem er einen sonst nicht gangbaren Gegenstand zu hohem Preis anhängen will. U m s c h m e i c h e l u n g d e s V o l k s ist immer eines der erfolgreichsten Mittel zum politischen Aufstieg ehrgeiziger Leute. —

So sind allgemeine Verdrossenheit über die Staatseinrichtungen, Ode und Gemütsleere des politischen Lebens, Unwahrhaftigkeit und die durch Schmeichelei geschaffene Selbstgefälligkeit des Volkes einige Mängel, die unserm Zeitalter der allgemeinen Demokratie anhaften. Man kann aber auch bei der Entwicklung der Staatswesen die bekannte Beobachtung machen, daß sich das geistige Leben der Menschen in Pendelschwingungen bewegt: man fällt abwechselnd von einer Übertreibung in die entgegengesetzte. Nachdem im 17. und im 18. Jahrhundert der Obrigkeitsstaat auf die Spitze getrieben worden war, stellte sich mit Recht eine demokratische Gegenbewegung ein. Man begnügte sich jedoch nicht damit, die Härten des Absolutismus zu beseitigen, sondern stellte das Ganze auf den Kopf. Nach einem Rückschlag zur Zeit der „Heiligen Allianz“ wurde die Bewegung von 1830 und noch stärker von 1848 an fortgesetzt. Man ruhte nicht, bis durch den Krieg noch die letzten Reste des Obrigkeitsstaates beseitigt waren, zu einer Zeit, da sich die Schäden der Demokratie schon stark bemerkbar machten: die bekannte Erscheinung des Pendels, das immer noch weiter schwingt, wenn es schon über die Gleichgewichtslage hinausgekommen ist.

Man könnte das Staatsleben auch mit einem Wagen vergleichen, der auf einem stark welligen Gelände fährt, sodaß die Straße abwechselnd steil abwärts und aufwärts geht. Wie wieder einmal ein Höhepunkt erreicht worden ist, hat der Fuhrmann mit Recht die Spannvorrichtung angezogen. Gerade wenn der Wagen unten angelangt ist, wird der Fuhrmann durch einen andern abgelöst, der leider keine Geistesleuchte ist. Weil er gesehen hat, wie nützlich vorhin das Anziehen der Bremse war, fährt er damit fort, obschon es nun wieder aufwärts geht. So kann es nicht fehlen, daß der Wagen nicht recht vorwärts kommen will.

Seit einiger Zeit bemühen sich einige Staatsmänner, wie es sich gehört, die Bremse des Staatswagens wieder aufzudrehen. Darob entsteht ein großes Geschrei; war doch früher das Zudrehen so vorteilhaft. — Es

ist ganz begreiflich, daß alle Leute, welche die Kunst verstehen und die Mittel in der Hand haben, durch Umschmeichelung des „Volks-Souveräns“ für sich Vorteile herauszuschlagen, sich eifrig gegen dieses Neue zur Wehr setzen. Merkwürdig aber ist es, und nur mit dem über den richtigen Augenblick hinaus bestehenden geistigen Beharrungsvermögen zu erklären, daß sehr viele einfache, ruhige Bürger dabei mitmachen, welche eigentlich von der Demokratie nur den Nachteil haben. Man würde über den Menschen lachen, der mit Eifer das „Recht auf Zahnweh“ verteidigte. Und doch handeln viele Leute ganz ähnlich: sie kämpfen mit Zähigkeit für gewisse Einrichtungen, welche, genau gesehen, die Quelle ihres Unglücks sind.

Die ukrainische Frage.

Von **Eduard v. Behrens**, Bromberg.

Die ukrainischen Beschwerden, die in der Maitagung des Völkerbundesrates zur Behandlung gelangen werden, geben Anlaß zu einer Beleuchtung der ukrainischen Frage, die wie seinerzeit die mazedonisch-bosnische zum Brennpunkt der europäischen Ostpolitik und zu einem Hauptbrandherd der in Versailles im Osten geschaffenen Verhältnisse zu werden droht.

Die Ähnlichkeit zwischen dem südwestlichen Rande des slavischen Siedlungsraumes (Krain, Bosnien, Montenegro, Mazedonien) und dem östlichen (der heutigen Ukraine) fällt in die Augen. „Kraina“ oder „Ukraina“ bedeutet übrigens zu deutsch „Die Mark“, und der Ukrainer ist nichts anderes als „der Märker“ oder altdeutsch „der Markmann“. Die lazitäische Germanenwelt nannte Mähren als das am weitesten gegen Osten vorgeschobene Gebiet Germaniens — wo dieses mit den benachbarten tatarischen Nomaden die erbitterten Nibelungenkämpfe führte — „das Markomannenland“. Die Slavenstaaten hatten im Laufe ihrer Geschichte mehrere Ukrainas oder Krainas. So heißt beispielsweise der Gebietsstreifen im Norden des polnischen Siedlungsraumes zwischen Weichsel, Brahe und Neße, der das eigentliche Polen von den Urstämmen der Burgunder, der Goten, der baltischen Kaschuben, der Preußen u. s. w. trennt, noch heute „Kraina“, d. h. die Grenzmark. Im russischen Zarenreich gab es zahlreiche Ukrainen: die Pskower an der Grenze gegen das livländische Ordensgebiet; die Njäsansche nach der Seite der finnischen Mordwinen und Nestscheren; die polnische oder severische im Dnjeprbecken, und endlich die „kleinrussische Ukraine“, die die ehemaligen vier russischen Gouvernements Kiew, Poltawa, Charkow und Tschernihow umfaßte. Dieses letztere Gebiet bildet seit 1923 das Kerngebiet der heutigen „Ukrainischen Räterepublik“.